

# Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

## Ende der Arbeit der 'Human Rights Task Force'

Ende Juni wurde die Arbeit der 'Human Rights Task Force' (HRTF) von der Regierung eingestellt. Die Beendigung der Arbeit der HRTF, die unter den Notstandsregelungen ins Leben gerufen worden war, um dem Schicksal von Verhafteten nachzugehen, die unter den Bestimmungen der 'Emergency Regulations' und des 'Prevention of Terrorism Act' verhaftet worden waren, wurde von Menschenrechtsorganisationen scharf kritisiert. Die HRTF hatte allein für den Zeitraum von Juni 1990 bis Juni 1991 etwa 10.000 Fälle von Menschenrechtsverletzungen festgestellt, 5.200 davon nur im Batticaloa-Distrikt. Der Vorsitzende der HRTF, Cutty Jansz, zeigte sich in Zeitungsberichten verärgert über die Auslösung, von der auch er selbst nicht informiert worden war.

Im Vorfeld dieser Auflösung hatte es zunächst so ausgesehen, als wenn die bisherigen Aufgaben der HRTF von der im März 1997 gegründeten 'Human

Rights Commission' übernommen würden. Es schien auch klar, daß das erfahrene Personal der HRTF übernommen und die bisherigen Aktivitäten weitergeführt werden sollten. Bisher ist davon wenig zu spüren - die Kommission war auch im Juni noch nicht einsatzbereit, sie hatte bisher kein Mandat, in der Öffentlichkeit ist nicht einmal eine Adresse bekannt. Eine bedenkliche Situation für eine Institution, die den Schutz der Menschenrechte für srilankische Bürger garantieren soll.

In einer Presseerklärung äußert sich das 'Civil Rights Movement' (CRM) in Colombo "überrascht und entsetzt". Bisher gebe es im Land keine Alternative zur bisherigen Arbeit der HRTF, die sich den unbedingt notwendigen Aufgaben einer Überwachung von Verhaftungen und der Bearbeitung von Beschwerden über Inhaftierungen und Verschwinden von Personen widme. Obwohl das CRM zahlreiche Unzulänglichkeiten in der bisherigen Arbeit der HRTF sieht - hierzu gehören das Fehlen eines Büros in Jaffna - appelliert die älteste Menschen-

rechtsorganisation Sri Lankas, so schnell wie möglich Ersatz zu schaffen.

Die gemäßigte 'Tamil United Liberation Front' (TULF) sprach sich in einem Brief an die Präsidentin für eine Weiterführung der Arbeit der HRTF um ein halbes Jahr aus. Insbesondere unter den Tamilen im Land habe die Entscheidung zur Auflösung der HRTF für erhebliche Beunruhigung gesorgt.

Der Koordinator des Menschenrechtsbüros des 'Movement for Interracial Justice and Equality' (MIRJE), N. Kandasamy, befürchtet, daß die regierende 'Peoples Alliance' ihre Ernsthaftigkeit bezüglich der Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit verloren hat. Diejenigen, die die Arbeit der HRTF beendet hätten, seien "die gleichen Leute, die vorher in der Opposition für Menschenrechte gekämpft und den 'Prevention of Terrorism Act' als undemokratisch bezeichnet haben". Kandasamy vermutet einen Zusammenhang zwischen der Auflösung der HRTF und deren jüngstem Bericht über Jaffna, in dem von 600 Verschwundenen gesprochen wird.



Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen und das Ende der Arbeit der 'Human Rights Task Force' in Colombo

Auch amnesty international (ai) äußerte sich sehr besorgt. "Wir glauben, daß das Wohlergehen der Personen in den 374 Haftorten in Sri Lanka in Gefahr ist ... es ist zu befürchten, daß die neue 'Human Rights Commission' noch nicht in der Lage ist, den Schutz der Inhaftierten zu übernehmen". In einem Brief appellierte ai an die Präsidentin Kumaratunga, Anweisungen an die Streitkräfte zu geben, alle Verhaftungen an die neue 'Human Rights Commission' zu melden.

### Arbeit der Kommission für Verschwundene endet

Die drei von der Präsidentin ins Leben gerufenen Kommissionen zur Untersuchung von etwa 20.000 Fällen von Verschwundenen, haben im Mai ihre Arbeit beendet. Die Zeugenaussagen von Tausenden von Familienangehörigen der Verschwundenen sind bisher der Öffentlichkeit jedoch noch nicht zugänglich gewesen. Zahlreiche Interessengruppen, die mit den Familien der Verschwundenen zusammenarbeiten, haben inzwischen eine Kampagne angekündigt, in der die Präsidentin zur Veröffentlichung der Dokumente aufgefordert werden soll. Ihr Ziel ist die Entschädigung und eine gerechte Behandlung der betroffenen Familien.

### Neuer Menschenrechtsbericht

Die seit vielen Jahren um die Einhaltung der Menschenrechte besorgte Gruppe 'University Teachers for Human Rights' (UTHR) hat sich in ihrem jüngsten Bericht speziell der Situation in Jaffna gewidmet. Die geschilderten Fakten und Schlußfolgerungen stehen in tiefem Widerspruch zu offiziellen Stellungnahmen der Regierung.

Wie oft haben seit der Einnahme großer Teile Jaffnas durch die Regierungstruppen offizielle Stellen von Regierung und Armee betont, daß das Leben in Jaffna sich wieder normalisiere, daß die Armee einzig um das Wohl der Zivilbevölkerung besorgt sei und jede Form von Übergriffen durch die Streitkräfte gnadenlos verfolgt würde. Daß dem nicht ganz so ist, legten bekanntgewordene Zwischenfälle wie die Verschleppung und Ermordung der Schülerin Krishanti und ihrer Familienangehörigen schon seit langem nahe.

UTHR sieht gegenwärtig keine Anzeichen für eine Normalität im Alltagsleben der Menschen von Jaffna. Man sieht eher ein Klima, daß einer weiteren Zunahme von Menschenrechtsverletzungen dienlich ist. Die in den von der Regierung kontrollierten Gebieten lebenden Menschen sehen sich Attacken sowohl der Armee als auch durch die LTTE aus-

gesetzt. Da unabhängige Untersuchungen in allen Fällen, bei denen Zivilisten getötet wurden, nicht stattfinden, ist an eine ernsthafte Wiederherstellung von Normalität in diesem Landesteil wohl nicht zu denken.

Der Report benennt konkret zahlreiche Beispiele für grausame Vergeltungsaktionen der Kriegsparteien. So ist die Rede von der Ermordung eines unbewaffneten, geistig behinderten Mannes, oder die Erschießung einer jungen Frau durch die Armee. In einem anderen Zwischenfall wurden Eltern vor einem Militärlager durch Soldaten verprügelt. Sie wollten etwas über das Schicksal ihrer dort inhaftierten Kinder erfahren.

Weiterhin kommen regelmäßig Menschen durch Landminen und Granaten der LTTE ums Leben. Die hohe Zahl der Opfer derartiger Zwischenfälle unter der Zivilbevölkerung zeigt - so die UTHR -, wie wenig die LTTE inzwischen noch um das Wohl der Menschen besorgt ist.

Dennoch zeigt der Bericht von UTHR nicht nur negative Seiten der gegenwärtigen Situation im Norden Sri Lankas. Das Vadamaratchy-Gebiet der Halbinsel steht als Beispiel für ein disziplinierteres und verantwortlicheres Verhalten der Armee.

(der gesamte Bericht kann über das Südasienbüro gegen Einsendung eines Schecks oder Briefmarken, DM 15, bezogen werden)

### Tamilischer Politiker ermordet

Es sollte eigentlich ein besonders feierlicher Tag im östlichen Trincomalee werden. Arunachalam Thangathurai, Parlamentsmitglied der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) für den Bezirk Trincomalee, war am Abend des 5. Juli die Hauptperson bei der Eröffnung eines Schulgebäudes, für das er selbst Finanzmittel organisiert hatte. Nach dem Verlassen des Gebäudes geschah es dann: Begleitet von zahlreichen Gästen der Einweihungsfeier wurde von Unbekannten zunächst eine Granate auf ihn abgefeuert, anschließend mit Pistolen geschossen. Da die Gegend kaum beleuchtet war - die LTTE hatte einige Zeit vorher erneut die Stromversorgung sabotiert - konnten die Attentäter unerkannt entkommen.

Der Anschlag kostete neben Thangathurai vier weiteren Menschen das Leben, 15 wurden schwer verletzt. Zu den Toten gehören Thanthadurais Sekretär, die Leiter von drei verschiedenen Schulen und der Vorsitzende der Gesellschaft zur Entwicklung von Schulen. Zu den Schwerverletzten zählen auch fünf Schülerinnen.

Über die Urheberschaft des Mordanschlags gibt es nur wenige Anhaltspunkte. Die örtlichen Zeitungen, die Po-

lizei und die meisten Politiker in Sri Lanka sehen Angehörige der LTTE als Täter, Beweise fehlen jedoch. Der Präsident der TULF, Murugesu Sivasithambaram, äußerte sich in der Öffentlichkeit nur vorsichtig. Er bezeichnete den Anschlag als feige und meinte, er könne niemand als Täter benennen. Die TULF habe in diesem Land zuviele Feinde, sowohl Sinhalesen als auch Tamilen.

Der jüngste Anschlag reiht sich ein in eine Serie von Attentaten gegen TULF-Politiker. Bereits 1985 jedoch wurden zwei führende Politiker der Partei entführt und ermordet. Zwei weitere Politiker kostete ein Anschlag der LTTE in Colombo im Jahre 1989 das Leben. 1990 fiel Sam Thambimuttu, TULF-Parlamentarier aus Batticaloa mit seiner Frau einem Mordanschlag zum Opfer, im Juni desselben Jahres wurde Yogasangari mit 13 anderen Personen erschossen. Die meisten der Anschläge wurden der LTTE angelastet, selbst heute noch haben fast alle führenden Mitglieder der TULF dauernden Polizeischutz.

Thangathurai, der jetzt ermordete Abgeordnete, fühlte sich in seiner Umgebung eigentlich sicher und rechnete nicht mit einer Attacke der LTTE. Obwohl ihn seine Leibwächter gebeten hatten, der Schuleröffnung fernzubleiben, sah er keine Bedrohung für sein Leben. Das Wochenende fiel jedoch mit einem von der LTTE markierten Jahrestag (Black Tigers Day) zusammen, an dem bereits in der Vergangenheit Anschläge verübt wurden.

Die Spekulationen über die Urheberschaft des Mordes werden sich wohl noch eine Weile fortsetzen, viele Anzeichen verstärken jedoch den Verdacht gegen die LTTE: Obwohl Trincomalee relativ sicher vor einem direkten Zugriff durch die 'Tamil Tiger' ist, gibt es in großem Umfang Infiltrationen durch Sympathisanten. Hinweise gibt vielleicht auch die Art und Weise, in der die Ermordung in den offiziellen Nachrichtenorganen der LTTE gemeldet wurde - nämlich gar nicht. Die Ermordung von Thangathurai hat bei der tamilischen Bevölkerung im Osten des Landes tiefe Bestürzung ausgelöst.

### Militäroperationen dauern an

Auch in den vergangenen Wochen wurde seitens der Armee von Vavuniya aus die Operation 'Jaya Sikuru' weitergeführt. Nach wie vor verfolgt die Armee das Ziel, von Vavuniya und Welioya aus nach Norden einen Verbindungskorridor bis nach Kilinochchi bzw. Jaffna zu treiben.

Die Militäroperationen sind weiterhin durch hohe Verluste sowohl auf Seiten der Armee wie auch der LTTE gekennzeichnet. Bereits in der ersten Junihälfte

kam es zu schweren Gefechten mit mindestens jeweils 150 Toten auf beiden Seiten. Bei einer weiteren Überraschungsattacke der LTTE am 24. Juni waren auf beiden Seiten erneut insgesamt 200 Tote zu beklagen. Die schweren Zusammenstöße haben der ohnehin mehr als fraglichen, aber bei den srilankischen Armeestrategen immer wieder aufflackernden Illusion einer militärischen Vernichtung der LTTE einen neuen Dämpfer versetzt. In der Öffentlichkeit kamen sogar Diskussionen über die Eignung der gegenwärtigen Militärführung im Bezug auf die Operationen auf.

### Peace Accord vor zehn Jahren

Ende Juli jährte sich der Abschluß des umstrittenen 'Peace Accord' zwischen Sri Lanka und Indien. Das 1987 zwischen dem damaligen indischen Premier Rajiv Gandhi und dem srilankischen Präsidenten J.R. Jayawardene geschlossene Abkommen mit dem Ziel einer Entwaffnung der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' brachte in der Folge mehr als 100.000 indische Soldaten einer 'Indian Peace Keeping Force' ins Land, deren Einsatz jedoch nur ein weiteres Desaster im andauernden Konflikt darstellte. Zunächst vor allen Dingen von den Tamilen im Norden euphorisch begrüßt, waren indische Soldaten nur wenig später selbst für neue Übergriffe und Massaker an der Zivilbevölkerung verantwortlich. Als die indischen Truppen 1990 Sri Lanka verließen, hatten sie selbst mehr als dreitausend Soldaten verloren.

### Flüchtlingsschicksale im Vanni

Die Flüchtlingstragödie im Vannigebiet südlich der Halbinsel Jaffna hält unvermindert an.

Anstelle einer langerwarteten Entspannung der Situation für Tausende von Flüchtlingen kommt es aufgrund der neuen Militäroperationen ('Jaya Sikuru') weiter südlich zu einer weiteren Verschärfung des Problems. Die Ortschaften entlang der Hauptverbindungsstraße von Vavuniya nach Kilinochchi sind jetzt menschenleer. Fast alle Menschen haben sich in die Gebiete westlich von Vavuniya geflüchtet. Schätzungen gehen von mehr als 25.000 derartigen Flüchtlingen aus.

Viele Flüchtlinge versuchen inzwischen, dieses Gebiet ganz zu verlassen. Einigen gelingt es nach Tamil Nadu in Indien zu kommen, andere schlagen sich auf die Jaffna-Halbinsel durch. Die Sicherheitskräfte versuchen auf vielfältige Weise insbesondere einen Zustrom nach Jaffna zu begrenzen.

Seit Mitte Mai - also mit Beginn der

neuen Militäroperationen - sind die ohnehin unzureichenden Lieferungen von Nahrungsmitteln in das Vanni-Gebiet völlig zum Erliegen gekommen. Bis heute wartet man auf Medikamentenlieferungen, die bereits zum zweiten Quartal des Jahres zugesagt waren.

Auch der Osten des Landes - zumindest die Gegend um Mullaitivu, wird zunehmend zum Auffangbecken für Flüchtlinge. Im Mullaitivu Distrikt gibt es inzwischen 19 Auffanglager, 160.000 Personen sind aufgrund der andauernden Kampfhandlungen in diese Region geflüchtet. Der Gesundheitszustand dieser Personen ist ebenfalls bedenklich, viele leiden an Kretze, Durchfall oder Malaria. Kinder sind häufig stark unterernährt.

Offizielle Regierungsstellen schweigen zu diesem Thema, Stellungnahmen betonen lediglich, daß die Armeeaktionen sich gegen die LTTE richten, die Zivilbevölkerung werde geschont.

### Neue Medienfreiheit?

Der neue Minister für Medien, Samaraweera hat in einer ersten Stellungnahme größere Freiheiten als bisher für die Medien angekündigt. Er genehmigte die Zulassungen für 13 neue Fernseh- und Radiostationen und kündigte ebenfalls an, daß der unpopuläre 'Parliamentary Privileges Special Provisions Act' von 1978, der es dem Parlament ermöglichte, Journalisten zu verfolgen, die sich negativ gegen Parlament oder einzelne Abgeordnete geäußert hatten. Der Minister kündigte auch die Einsetzung einer neuen Kommission an, die sich um die grundsätzlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich elektronischer Medien in Sri Lanka kümmern soll. Zusätzlich zu den 13 genehmigten Stationen warten noch zehn weitere Rundfunksender auf eine Zulassung.

### Unruhe an Universitäten

Die jüngsten Vorschläge zur Veränderung der Zulassungsbedingungen an den Hochschulen sowie strukturelle Änderungen des Hochschulsystems haben zu einer hitzigen Debatte geführt. Gegenwärtig können nur weniger als zehn Prozent der Schulabsolventen, die sich mit ihrem Abschluß für ein Studium qualifiziert haben, auch tatsächlich einen Studienplatz bekommen. Proteste und gewalttätige Zwischenfälle haben inzwischen dazu geführt, daß Universitäten zeitweise geschlossen wurden.

### Streiks beim Busdienst

Am 11. August begann in Sri Lanka ein mehrtägiger Streik von Busfahrern, -schaffnern und Arbeitern in den meisten der etwa 90 Busdepots des Landes.

Tausende von Menschen warteten vergeblich auf ein Transportmittel zur Arbeit, in Colombo verkehrten nur wenige private Busse, an deren Haltestellen sich lange Schlangen bildeten. Die Busarbeiter fordern eine vierzigprozentige Lohnerhöhung. Der Minister für Transport, Mohammed Fowzie, hat den Streikenden eine generelle Lohnerhöhung von umgerechnet rund 11 Mark je Monat sowie die Bezahlung von Überstunden angeboten. Dies wird von den Arbeitern und ihrer Transportgewerkschaft bisher abgelehnt.

### Deutsche Finanzhilfe

Am 19. Juni wurden in Colombo bilaterale Verhandlungen zwischen Sri Lanka und Deutschland über neue Finanzhilfen abgeschlossen. Die Gespräche endeten mit der Unterzeichnung eines Abkommens zur Entwicklungszusammenarbeit, nach dem Sri Lanka für den Zeitraum 1997/98 einen Betrag von über 75 Millionen DM erhält. Davon sind 40 Millionen DM im Rahmen einer finanziellen Kooperation als Kredit zurückzuzahlen. Mit dem Ziel der Bekämpfung der Armut im Land soll das Geld für Projekte zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden. Hierzu zählen: Erziehung und Berufsausbildung, Unterstützung des privatwirtschaftlichen Bereichs, ländliche Entwicklung, Energieversorgung, Nutzung von Rohstoffen und Umweltschutz sowie Rehabilitationsmaßnahmen in Jaffna und Mannar. Beim Abschluß des Abkommens drückte die deutsche Seite ihre Hoffnung auf das baldige Zustandekommen einer Friedenslösung im militärischen Konflikt aus.

### IWF mahnt

In einer Stellungnahme des Internationalen Währungsfonds Anfang August wird die Regierung Sri Lankas zu einer Stärkung ihrer makroökonomischen Strategien und einer schnelleren Umsetzung von Strukturreformen aufgefordert. Andernfalls würden sich kaum positive Entwicklungen für die Wirtschaft des Landes ergeben. Das Wirtschaftswachstum in Sri Lanka lag mit 3,8 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt der meisten anderen Länder dieser Region. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem Wachstum von sechs Prozent. Der Währungsfond macht insbesondere die hohen finanziellen Defizite für die gegenwärtige Situation verantwortlich. Die Inflationsrate müsse unter zehn Prozent gedrückt werden. Verbraucherpreise stiegen im Juni um etwa vier Prozent, während die Inflationsrate im September letzten Jahres noch bei mehr als 22 Prozent lag.